

Wahlprüfsteine PETA Deutschland e.V.

1. Tierschutzmissstände in Schlachtbetrieben

Eine unzureichende Betäubung sowie die unsachgemäße Schlachtung von Tieren waren in den vergangenen Jahren wiederholt Gegenstand von Studien und Medienberichten.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese gravierende Tierschutzproblematik in Schlachtbetrieben unverzüglich unterbunden wird?**

Ja. DIE LINKE fordert seit Jahren eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Schlachtfabriken, weil wir darin auch einen wirksamen Hebel für mehr Tierschutz sehen. Wo in prekären Beschäftigungsverhältnissen Akkordarbeit geleistet wird, ist die Fehlerquote hoch und führt zu entsprechenden Unfällen bei Menschen und Tieren. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Tiere vor der Schlachtung angemessen und unabhängig veterinärmedizinisch begutachtet werden und Verstöße bereits auf dieser Stufe gemeldet und geahndet werden. Wir unterstützen die Forderung der Tierärzteschaft nach einer zentralen Tiergesundheitsdatenbank, in der auch die Schlachtbefunde eingehen. Ein Zulassungsverfahren für Tötungstechnik muss endlich gewährleisten, dass sicher und tierschutzgerecht getötet wird. Grundsätzlich müssen aber vor allem die Ursachen vieler Tierschutzprobleme behoben werden, wozu auch der massive Kostendruck durch die Marktübermacht von Handels- und Schlachthofkonzernen zählt.

2. Tierschutzkontrollen

Eine Antwort der Bundesregierung vom 3.7.2018 (BT-DS 19/3195) ergab, dass tierhaltende hessische Agrarbetriebe im Durchschnitt alle 13,8 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

a) Wie bewertet Ihre Partei die derzeitige Kontrolldichte/-frequenz?

Die Frequenz ist viel zu niedrig. Die Kontrolldichte ist ein Skandal.

b) Befürwortet Ihre Partei halbjährliche Kontrollen von Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Unbedingt. Der Vollzug des Tierschutzgesetzes ist nicht sichergestellt. Es bedarf dringend einer Aufstockung des Personals und Rückendeckung seitens der Behörden. DIE LINKE unterstützt auch die Tierschutzorganisationen in ihrer Forderung nach einem Verbandsklagerecht. Industrielle Tiermäster oder Tierexperimentatoren können durch alle Instanzen gegen Tierschutzauflagen der Behörden klagen. Aber niemand kann klagen, wenn die Behörden Tierschutzvorschriften nicht in vollem Umfang durchsetzen. Und gerade dieses Vollzugsdefizit ist ein dringendes Problem in Hessen.

3. Tierversuche

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen sowie die wissenschaftliche Aussagekraft umstritten sind. In Hessen wurden 2017 über 162.000 Wirbeltiere für Versuchszwecke getötet.

a) Wird Ihre Partei konkrete Maßnahmen ergreifen (wenn ja, welche), um Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern und die Zahl der für Versuche getöteten Tiere zu reduzieren?

DIE LINKE will den Übergang von der tierexperimentellen zur tiergebrauchsfreien Forschung zu unterstützen sowie ein Konzept zu entwickeln, welches als Ziel den Verzicht auf Versuchstiere für die wissenschaftliche Forschung bei gleichzeitigem Ausbau der Förderstrukturen für alternative Methoden vorsieht und darüber hinaus folgende Punkte beinhaltet:

- a) die Umverteilung von Forschungsmitteln zugunsten der Weiter- und Neuentwicklung tierversuchsfreier Methoden sowie zur institutionellen Stärkung der ZEBET (Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch) sowie des ECVAM (Europäisches Zentrum zur Validierung alternativer Methoden)
- b) die stärkere Förderung von ersetzenden Verfahren (Replacement) sowie spezieller Förderprogramme zur Erzielung serienreifer tierverbrauchsfreier Technologien
- c) die Ausweitung von Lehre und Forschung einer tierverbrauchsfreien Wissenschaft in Form von tierversuchsfreien Studiengängen in den Lebenswissenschaften, verbunden mit der Einrichtung von Lehrstühlen und Professuren für tierverbrauchsfreie Verfahren
- d) die Einführung klarer Verbotsregeln zur Reduktion der Tierversuche, wie ein Verbot der Patentierung von Tieren oder ein Tierversuchsverbot für Haushaltsprodukte und deren Inhaltsstoffe
- e) die Einführung von Kontrollmaßnahmen, die eine Zunahme tierverbrauchsfreier Verfahren sowie die Abnahme aller durchgeführten Tierversuche dokumentieren
- f) die nachträgliche Bewertung aller durchgeführten Tierversuche und Veröffentlichung der Daten in Verbindung mit der Einführung eines zentralen Registers, in dem sämtliche Tierversuche aus der Grundlagen- und angewandten Forschung sowie aus den Bereichen Stoffprüfung und Lehre erfasst werden
- g) die Grundlagenforschung soll aufgefordert werden, geordnet nach Forschungsschwerpunkten anzugeben, welche Ziele in Bezug auf die Vermeidung von Tierversuchen sie konkret in den nächsten fünf bis zehn Jahren, in welchem Umfang und zu welchen Fragestellungen sie sich an der Entwicklung von Ersatzmethoden (Replacement) beteiligen und anschließend regelmäßig über ihre Fortschritte berichten will

4. Haustierabschuss

In einigen Bundesländern wie NRW und BW ist der Abschuss von Hunden und Katzen weitgehend verboten. In Hessen werden offiziellen Angaben zufolge jedes Jahr mehrere Hundert Haustiere durch Jäger getötet.

a) Wird sich Ihre Partei für ein Tötungsverbot von Haustieren einsetzen?

DIE LINKE will den Abschuss von Katzen und Hunden verbieten.

5. Jagdpraktiken

Totschlagfallen stehen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie die Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu lang anhaltendem und schwerem Leid führen. Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen. In einigen Bundesländern sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken bereits weitgehend verboten.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, Totschlagfallen zu verbieten?

Für DIE LINKE ist es untragbar, dass die Fallenjagd weiter möglich sein soll. Wir lehnen die Fallenjagd mit Totschlagfallen konsequent ab. In Totschlagfallen tappen und sterben immer wieder artgeschützte Tiere oder Hauskatzen.

b) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, die Baujagd zu verbieten?

DIE LINKE lehnt die Baujagd ab. Auch bei der Jagd gilt, dass den Tieren kein unnötiges Leid zugefügt werden darf.

6. Jagd auf Füchse

In Hessen töten Jäger jedes Jahr weit über 20.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für eine solche massive, landesweite Fuchsbejagung liegen nicht vor. Vielmehr werden

Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd für zunächst ein Jahr ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

a) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Jagd auf Füchse?

DIE LINKE ist gegen die flächendeckende Jagd auf Füchse. Die Jagd hat ihre heutige Funktion in der nachhaltigen Pflege des Waldes und des Wildtierbestandes. Gejagt werden soll nur dann, wenn es nach ökologischen wissenschaftlichen Kriterien zwingend notwendig ist. Dies bedeutet auch zu erforschen, wie sich die nicht-Bejagung auf den Bestand der Tiere auswirkt. Für DIE LINKE ist Jagd eine Tätigkeit die von professionellen gut ausgebildeten Jägern durchgeführt werden muss und kein elitäres Vergnügen.

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Wildtiere wie Füchse nicht mehr flächendeckend ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?

DIE LINKE will, dass die Jagd nur dort, wo sie wirklich notwendig und sinnvoll ist in einem Maß, das im Interesse des Gemeinwohls steht und ausschließlich von gut ausgebildeten Jägern ausgeübt wird. Dass nur die Tierarten bejagt werden dürfen, deren Bejagung in einer bestimmten Region nach ökologischen wissenschaftlichen Kriterien notwendig ist.

Was die Liste der jagdbaren Arten angeht: Tierschützer fordern zu Recht eine strenge Einhaltung des Tierschutzgesetzes und damit, dass für das Töten eines Tieres ein „vernünftiger Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes belegt werden muss. Vernünftig ist ein Grund, der triftig, einsichtig sowie von einem schutzwürdigen Interesse getragen ist und unter den konkreten Umständen schwerer wiegt als das Interesse an der Unversehrtheit und am Wohlbefinden des Tieres.

7. Lebendiges Kochen von Hummern

Hummer und andere Panzerkrebse haben wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge ein komplexes Nervensystem und sind schmerzempfindlich. Der Schweizer Bundesrat hat nun u.a. basierend auf

einer Studie des Schweizerischen Verbandes der kantonalen Tierärzte (ASVC) in diesem Jahr ein Verbot des Kochens von lebenden, unbetäubten Panzerkrebsen beschlossen.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine hessische Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, das Kochen unbetäubter Panzerkrebse bundesweit zu verbieten?**

Ja, DIE LINKE ist für ein Verbot des Kochens unbetäubter Panzerkrebse. Es gilt der Grundsatz, dass den Tieren kein unnötiges Leid zugefügt werden darf.

8. Sachkundenachweis für Hundehalter

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

- a) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter?**

DIE LINKE hält die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehenden Hundehalter halten wir sowohl für den zukünftigen Hundebesitzer sowie hinsichtlich der artgerechten Haltung auch für die Hunde für sehr sinnvoll.

9. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

- a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergehen?

DIE LINKE kritisiert, dass durch die Exportstrategie der Bundesregierung bei Fleisch und Fleischprodukten eine umweltschädliche Fleischproduktion in Deutschland befördert wird, selbst wenn in Deutschland weniger Fleisch konsumiert wird. Ernährung bedeutet Genussvielfalt, Selbstbestimmung, kultureller Identität und vieles mehr. Dazu gehört Fleisch ebenso, wie die Entscheidung sich vegan ernähren zu wollen. Der hohe Fleischkonsum in Deutschland wird auch durch den Preisdruck der marktmächtigen Supermarktkonzerne verursacht. Das geht zu Lasten der Erzeuger sowie der Beschäftigten in der Fleischindustrie und im Handel, aber auch des Tierschutzes und der Umwelt. Wir setzen uns für eine ökologisch verträgliche und sozial faire Erzeugung und regionale Vermarktung ein.

Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn weniger tierische Produkte hergestellt werden, können die Klimaziele erreicht werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Klimakosten, Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

DIE LINKE fordert:

- **kein Fleischexport in Länder des globalen Südens und keine staatlichen Zuschüsse für den Export von Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Produkten in Länder des globalen Südens.**
- **eine Erhöhung der Mindestflächen für die Tierhaltung, ein Futtermittelimportverbot und eine Beendigung der Exportsubvention für landwirtschaftliche Produkte.**

- b) Plant Ihre Partei Maßnahmen, um eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

DIE LINKE sieht die Notwendigkeit eine ausgewogene Ernährung zu fördern. Dies könnte durch eine steuerliche Besserstellung von Obst und Gemüse bzw. vegetarische und vegane Produkten geschehen. In Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVs), sollten Lebensmittel aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalen Anbau angeboten werden. Dabei sollte das Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen Einrichtungen selbstverständlich sein. In Lehrküchen von Schulen und Kitas sollte es auch um das gemeinsame vegane und vegetarische Kochen gehen.

10. Textilkennzeichnung

Stichproben ergaben, dass im hessischen Einzelhandel häufig Echtpelzbekleidung ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Hinweis „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ verkauft und Kunden damit fehlinformiert werden.

Wird sich Ihre Partei – etwa in Form von zusätzlichen Kontrollen – dafür einsetzen, die Durchsetzung des Textilkennzeichnungsgesetzes, das bereits seit dem 24.02.2016 in Kraft ist, in Hessen zu verbessern?

Ja, DIE LINKE hält die amtlichen Kontrollen für unzureichend. Für eine wirksame Überwachung des Marktes müssen Personal und Ausstattung der Behörden aufgestockt werden. Auf einem globalisierten Markt bedarf es allerdings auch eines bundeseinheitlichen Vorgehens und eines stärkeren Engagements des Zolls.